



Antragsbuch Kreisparteitag 2012.1
des
Kreisverband Bamberg
Piratenpartei Deutschland

27.09.2012 - Bischberg

Inhaltsverzeichnis

Konversion des Armeegeländes	3
Grundlegendes	3
Bürgerbeteiligung	3
Transparente Konversion	3
Teilfinanzierung per Bürgergenossenschaft	3
Mehrgenerationenpark (Familienpark)	4
Überbrückungshilfe für Taxiunternehmen	4
Neubau des Universitätsgebäudes an der Feldkirchenstraße	5
Mountainbikepark	5
Flughafen	5
Positionspapier Inklusion	6
Positionspapier Neubau Bahntrasse	7
Forderungen an die BAHN.....	7
Forderungen an die Stadt.....	7
Förderung des Radverkehrs	8
Radwege-Benutzungspflicht	8
Radverkehr als Teil des Straßenverkehrs	8
Radwegerenovierung und Ausbau	8
Fördernde Maßnahmen	9
Transparente Kommunen	9
Transparente Gremien	9
Transparente Verwaltung	10
Freie Fahrt für freie Bürger	10
"Bauliche" Maßnahmen	10
Landkreis	10
Stadt'	11
"Allgemeine" Maßnahmen	11
Landkreis	11
Stadt	11
Positionspapier zu alternativen Energien im Landkreis Bamberg	12
Windkraft	12
Photovoltaik	12
Biomasse	12
Wasserkraft	12
Kraftwärmekopplung	13
Speichermöglichkeiten	13
Upzudatender Teil - Alte Fassung	13
Upzudatender Teil - Neue Fassung	13

Konversion des Armeegeländes

Grundlegendes

Die Konversion der Flächen der Amerikanischen Arme ist für die Stadt Bamberg sicher die größte Aufgabe, die die Stadt und ihre Bürger in der nächsten Zeit zu bewältigen hat. Dabei müssen der Stadtrat, die Verwaltung und die Parteien einen Spagat schaffen, einerseits Ideengeber zu sein und bei der Meinungsbildung mitzuwirken, andererseits dabei aber so vorzugehen, dass eine aktive und starke Beteiligung der Bürger auch ohne Mitgliedschaft in diesen Gremien möglich ist.

Dementsprechend bitten wir auch unsere beschlossenen Positionen und Ansichten zu verstehen: Es sind Ideen, die wir Piraten nach aktuellem Informationsstand gut finden und für die wir bei der Bürgerschaft werben. Der Informationsstand kann sich in der politischen Diskussion teils massiv ändern, wir werden unsere Positionen dementsprechend anpassen.

Bürgerbeteiligung

Die Umwandlung von acht Prozent der Stadtfläche von Militärgeländen in neue Stadtteile ist nur dann schnell und zielgerichtet möglich, wenn es gelingt, allen Interessensgruppen eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Informationsveranstaltungen zur Einbeziehung der Bürger, wie bereits von der Stadt Bamberg angekündigt, können dabei nur ein Schritt sein. Den Bürgern müssen ebenfalls die Arbeitsmittel bereitgestellt werden, damit diese ihre Ideen und Konzepte ausarbeiten und mit anderen abstimmen können. Hierzu könnte man auch eine digitale Demokratiesoftware wie Liquid Feedback verwenden, um die Abstimmungen im System als Entscheidungsgrundlage an den Stadtrat zu geben. Der Landkreis Friesland geht hier bereits voran und macht damit gute Erfahrungen.

Transparente Konversion

Damit die Bürger auch profund entscheiden und arbeiten können, müssen ihnen alle relevante Informationen so früh wie möglich bereit gestellt werden. Wir Piraten fordern daher die sofortige Veröffentlichung aller Informationen, die die Stadt Bamberg zur aktuellen Bebauung auf dem Armeegelände hat. Ein Nachteil in den Verhandlungen mit der BIMA kann hier nicht als Ausrede zur Nichtveröffentlichung aller Informationen, die die Stadt hat, dienen, da der BIMA diese Informationen sicher vorliegen.

Wir können die Verlautbarung der Stadt und des Stadtrates nicht ernst nehmen, dass sie bei der Konversion eine möglichst starke Bürgerbeteiligung möchte. Dies passt mit dem Handeln, einen Konversionssenat ohne öffentliche Sitzung zu gründen und der Nichtveröffentlichung von vorliegenden Informationen nicht überein. Die Piraten möchten, dass alle Informationen die nötig sind, damit die Bürger selbstständig Ideen und Entwürfe zur Konversion anfertigen können von der Stadt digital über ihre Webseiten zur Verfügung gestellt werden.

Teilfinanzierung per Bürgergenossenschaft

Die Finanzierung der Konversion wird für die Stadt ein Monsterprojekt, das kaum stemmbar ist. Natürlich würden wir es begrüßen, wenn die Stadt die Flächen zum Vorzugspreis erhalten würde, gehen aber nicht davon aus, dass diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden. Da die Rücklagen der Stadt aufgebraucht sind und mit der Brose-Ansiedlung, den Renovierungsarbeiten an den Schulen und der Brücke am Bug viele teure Großprojekte anstehen, ist es absehbar, dass die Finanzierung der Konversion über die Stadtkasse schwierig werden könnte.

Selbst die finanziellen Decken der Stadttöchter sind dank Bambados und Stechert-Arena dünn. Wir Piraten lehnen eine bürgerferne, durch Großinvestitionen getriebene Konversion aber ab. Deswegen

sehen es wir von Nöten, dass die Stadt auf die bestehenden Baugenossenschaften zugeht oder bei der Gründung einer neuen Bürgergenossenschaft hilft, um Investitionsgeld bei den Bambergern zu sammeln, mit Hilfe derer die Konversion zum Nutzen der Bürger gestemmt werden kann.

Die Genossenschaftsanteile sollten dabei für maximal 1000€, besser noch 500€ zu haben sein, um einer breiten Bevölkerungsschicht die Möglichkeit der finanziellen und damit auch stimmberechtigten Beteiligung an der historischen Aufgabe der Umwandlung des US-Geländes zu beteiligen. Dies wird auch die Akzeptanz des Projekts in der Bevölkerung steigern.

Der wichtigste Grund für diese Überlegung besteht in einer größeren Unabhängigkeit von den marktbeherrschenden Immobilien-Unternehmen, deren Interessen bei der Konversion denen der Bürger, wie z.B. bezahlbaren Wohnraum, entgegen stehen und den Handlungsspielraum der Stadt und seiner Bürger einschränken würde.

Mehrgenerationenpark (Familienpark)

Der demographische Wandel macht auch vor der Stadt Bamberg nicht halt. Die alternde Gesellschaft stellt die Gesellschaft vor neuen Herausforderungen. Gerade im urbanen Bereich sind traditionelle Familienbündnisse immer seltener zu finden, dabei haben Sie durchaus Vorteile: Durchgegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme werden Kosten gespart, soziale Probleme gemildert.

Eine häufig eingesetzte Methode ist ein Mehrgenerationenhaus: Dort leben Familien mit Kindern und Älteren unter einem Dach und helfen sich gegenseitig. Die Älteren passen zeitweise auf die Kinder auf, könnten Mittagessen für Schulkinder oder Anwesenheit am Nachmittag anbieten und haben so eine sinnvolle Beschäftigung. Die Jüngeren helfen bei Erledigungen (z.B. Einkäufen), bei behördlichen oder organisatorischen Dingen. So entsteht durch ein soziales Miteinander eine urbane, großfamiliäre Struktur, wie sie jahrhundertlang üblich war. Selbst behindertengerechte Integration würde sehr stark vereinfacht werden, wenn es eine leicht erreichbare Anlaufstelle im Herzen des Parks gäbe. Dabei sehen wir Piraten in der Konversion die Chance, dieses Konzept auf eine Größe zu bringen, damit es sogar effizient werden kann. So wäre denkbar, mehrere Wohnhäuser zusammen zu einen Mehrgenerationenpark auszubauen. Dadurch lohnt es sich, eine Pflegeinfrastruktur für die ambulante Pflege sowie einen Hausnotruf zu integrieren, einen Einkaufsservice und andere Dienstleistungen bereitzustellen.

Mit Spiel- und Grillplätzen und einem integrierten Cafe könnte man Begegnungs- und Beschäftigungsstätten schaffen. Gerade die weitläufig gebauten Wohnhäuser auf dem US-Armeegelände eignen sich dafür sehr gut. Der Umbau zu senioren- und familiengerechten Wohnungen ist dabei eine besonders leicht lösbare Aufgabe, selbst unter Berücksichtigung von sozialen und finanziellen Gesichtspunkten gerade für finanziell schwächere Personengruppen.

Wir Piraten würden es daher befürworten, wenn auf die in Bamberg vorhandenen, kompetenten Einrichtungen in dieser Richtung zugegangen würde, um auf dem Gelände so einen Mehrgenerationenpark zu errichten. Die Folgen des demographischen Wandels könnten dadurch gelindert und zumindest ein Mindestmaß an familienfreundlichen Wohnraum sicher gestellt werden.

Überbrückungshilfe für Taxiunternehmen

Kaum eine Branche wird den Abzug der Amerikaner so hart treffen wie die Taxibranche. Nun ist es nicht die Aufgabe des Staates - oder der Stadt - auf Dauer durch Wandel getroffene Branchen zu unterstützen, aber eine kurzfristige Abfederung kann durchaus angemessen sein, wenn man damit andere positive Effekte erzielen kann.

Wir sehen bei den Taxifahrern die Möglichkeit, durch gezielte Förderung der Stadt von öffentlichen Bedarfsnahverkehr (zum Beispiel durch Anrufliantaxi) in stadtnahe Landkreisgemeinden die Vernetzung mit der Stadt zu erhöhen und so das Gewerbe in der Stadt zu stützen. Hierbei könnte die Stadt die Kosten im ersten Jahr vollständig decken und dann jedes Jahr die Kostenübernahme um 20%

senken, welche dann von der entsprechenden Gemeinde oder dem Landkreis übernommen werden müsste. Damit würde für die Stadt die Finanzierung spätestens nach 5 Jahren komplett auslaufen.

Angebote von ALTs die angenommen werden, dürften auf Dauer auch von den umliegenden Gemeinden selbst bezahlt werden. Die Stadt würde so einfach nur intelligent die Versuchsphase für solche Konzepte finanzieren, könnte aber langfristig die Anwohner im Landkreis näher an die Stadt binden.

Neubau des Universitätsgebäudes an der Feldkirchenstraße

Wir Piraten sind der Ansicht, dass das bereits in die Jahre gekommenen Gebäude der Universität Bamberg an der Feldkirchenstraße auf der Konversionsfläche neu gebaut werden sollten. Dieses Vorgehen hätte einige Vorteile: So würde der Freistaat einen Teil der Konversionsfläche kaufen, was die Finanzierung der Konversion erleichtert. Auf dem Armeegelände ist genügend Platz, um für die Studenten zumindest eine begrenzte Anzahl an Parkplätzen anzubieten.

Ebenfalls dürfte es einfach fallen, in einem Neubau moderne Hörsäle mit entsprechender Infrastruktur zu schaffen als dies in einer eh anstehenden Renovierung des bisherigen Unigeländes der Fall wäre. Auf dem jetzigen Gelände der Universität in der Feldkirchenstraße könnten Wohnhäuser entstehen. Diese wären aufgrund der näheren Position zur Innenstadt in einer attraktiveren Lage als entsprechende Wohnungen auf dem Konversionsgelände.

Die erst kürzlich renovierten Universitätsgebäude wie die Mensa könnte die Stadt übernehmen, wenn sich keine geeigneten Käufer dafür finden. Hier könnte zum Beispiel ein Bürgerhaus eingerichtet werden, das Begegnungen für Soziale Gruppen, Vereine und Parteien ermöglicht und durch die Lage und fehlendes Gewinninteresse bezahlbarer macht.

Mountainbikepark

In der Konversionsfläche befindet sich viel Waldfläche, die bereits durch Bebauung - zum Beispiel einer Panzerwaschanlage - genutzt wird. Dort sollte unserer Meinung nach eine Mountainbikeparktour eingerichtet werden, inklusive gepflegten Trails im umliegenden Waldgebiet, wenn sich einige verantwortliche Bürger oder Vereinigungen finden, die diesen pflegen.

Dort könnte für die Trendsportart Mountainbiking in Bamberg eine Heimat entstehen, Kurse angeboten und Schulungen über das richtige Verhalten mit dem Rad im Wald abgehalten werden. Es wäre eine Ergänzung zur Radregion Bamberg und würde den Radtourismus weiter fördern.

Flughafen

Die Piraten finden es gut, dass der Flughafen an der Breitenau sich so großer Beliebtheit erfreut und dadurch eine Weiternutzung ohne Probleme möglich ist. Zu viele Flugbewegungen sehen wir allerdings kritisch, da die Anwohner in der Nähe durch den Lärm stark gestresst würden. Wir Piraten befürworten daher, dass die Betriebszeiten des Flughafens auf Werktags von 8 bis 12 und 14 bis 19 Uhr, sowie Sonn- und Feiertags auf 14 bis 19 Uhr beschränkt würden.

Positionspapier Inklusion

Die Piratenpartei in Bamberg unterstützt ausdrücklich das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte vom Menschen mit Behinderung“ von 2008. Dieses schafft keine Sonderrechte, sondern präzisiert und konkretisiert vielmehr den allgemeinen Menschenrechtsschutz für die besonderen Gefährdungen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind. Es geht dabei vor Allem um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung ihrer Rechte.

Der Freistaat Bayern beabsichtigt künftig ein inklusives Bildungssystem auf den Weg zu bringen, das auf zwei Säulen ruht: der Einzelintegration und der Inklusionsklasse. Dieser Ansatz wird von uns grundsätzlich begrüßt. Wir bemängeln aber, dass es bisher dazu noch wenige Handlungsschritte gab und der Ansatz nur halbherzig verfolgt wird. Im Bezirk Oberfranken gibt es derzeit über 30 Schulen für Schüler/innen mit Behinderung. Ein großer Teil der Kosten für die Beschulung in diesen Förderschulen wird vom Bezirk getragen.

Wir werden im Bezirk konsequent darauf drängen, bei der Inklusion von Schüler/innen in den Regelschulen aktiv zu werden und auf Veröffentlichung von Informationen über den Stand der Inklusion drängen. Vor allem werden wir die Vorlage eines schlüssigen und sozialpädagogisch fundiertem Konzept fordern. Wir halten es für dringend erforderlich, dass es bei den geplanten Inklusionsklassen neben einer zusätzlichen pädagogischen Fachkraft auch wissenschaftliche Begleitung und Evaluationen gibt. Hierzu ist eine enge Kooperation mit den Hochschulen im Bezirk aufzubauen.

Wir stellen fest, dass nach wie vor für die Kinder mit einer Sinnesschädigung (Schüler/innen mit Hör-Sprach oder Sehschädigung) in den Regelschulen am Heimatort kaum Angebote existieren und sie statt dessen weiterhin in einer Zentralschule unterrichtet werden müssen. Das ist für ca. 50 Kinder aus dem Bezirk mit einer Internatsunterbringung in Bamberg verbunden. Wir stellen dieses Konzept zur Disposition. Aus unserer Sicht ist es nicht akzeptabel, dass der Bezirk Kosten von über 2 Millionen Euro jährlich für Internatsunterbringung von Schüler/innen mit Sinnesbehinderung zahlt und gleichzeitig dezentrale Lösungen fachlich fundierter Beschulungsmöglichkeiten am Heimatort außer Acht lässt.

Nach unserer Auffassung können Schulen mit Förderschulen durchaus Sinn haben. Wir plädieren nicht für deren Abschaffung, wohl aber für einen Umbau in Richtung von Förder- und Beratungszentren. Wir werden uns im Bezirk dafür einsetzen, dass die Förderschulen und Regelschulen in ihrer Neu-Ausrichtung unterstützt werden. Uns ist klar, dass dazu teilweise erhebliche Investitionen erforderlich sind. Dazu werden wir Finanzierungskonzepte im Bezirk entwickeln und für eine entsprechende Umsetzung eintreten.

Für uns ist es auch vorstellbar, dass Schüler ohne Behinderung Förderschulen besuchen können, wenn Eltern das wünschen. Inklusion ist für uns in beide Richtungen denkbar.

Grundsätzlich sollen Schüler/innen eine bestmögliche Förderung im Rahmen ihrer ausbaufähigen Möglichkeiten erfahren. Dabei ist der Wunsch der Eltern ganz entscheidend. Der Elternwunsch ist für uns auch der politische Auftrag. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Eltern immer Wahlmöglichkeiten bei der Beschulung ihrer Kinder haben.

Unsere Forderungen:

- Jedes Kind hat ein Anrecht auf eine Beschulung in einer Schule vor Ort.
- Der Elternwunsch hat Vorrang.
- Die Beratung der Eltern soll ergebnisoffen sein (keine Vorgabe für eine bestimmte Beschulungsform)
- Die Zahl der Schüler mit einem Förderbedarf muss an Regelschulen erhöht werden.
- Der Umbau- und die Neuausrichtung der vorhandenen Förderschulen muss zügig erfolgen. Dazu muss der Bezirk die Rahmenbedingungen schaffen.
- Internatsunterbringungen von Schülern mit Behinderung sind zurückzufahren.
- Die Regelschulen sind mit pädagogischem Fachpersonal zusätzlich auszustatten (Erzieher,

Sozialpäd. Förderschullehrer)

- Alle Schulen im Bezirk müssen entsprechend des Bedarfs der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen entsprechend Bau technisch ausgerüstet werden.
 - Frühförderung von Kindern mit Behinderung muss finanziell sichergestellt und langfristig abgesichert sein.
-

Positionspapier Neubau Bahntrasse

Die Piraten in Bamberg bekennen sich zur Förderung des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene. Die Bahn ist eine der umweltfreundlichsten Transportmethoden im Fernverkehr und ist durch den Stromantrieb prinzipiell CO2-neutral denkbar. Beim Ausbau der Bahntrasse in Bamberg, welche hauptsächlich für den Güterverkehr geschieht, sehen wir Piraten dennoch einige Punkte, auf die die Stadt Bamberg Wert legen sollte, um die Last für die Stadt und ihre Bürger zu minimieren.

Forderungen an die BAHN

Der ICE-Haltepunkt in Bamberg ist für eine Tourismus- und Industriestadt wie Bamberg natürlich von großer Bedeutung. Dies gilt jedoch erst Recht für die Bahn, so dass der aktuelle Takt von 2 Std. zumindest beibehalten werden muss. Wir Piraten fordern, dass die Stadt und ihre Bewohner vom auftretenden Lärm der Trasse effektiv und deutlich über die gesetzlich erlaubten Werte hinaus geschützt werden. Die Bahn und das Eisenbahnbundesamt sind daher gefordert, neue Techniken zur Vermeidung von Lärm schneller zu genehmigen, damit sie schon für die Planung in der Bamberger Region realisiert werden können. Damit wäre es denkbar, die Mauern teilweise sogar unter 2 Meter zu senken, zu bepflanzen oder sogar durchsichtig zu gestalten.

Ebenfalls muss von der Bahn verlangt werden, dass die Geschwindigkeit der Güterzüge zumindest in der Nacht in Wohngebieten drastisch verringert wird. Dies trägt am stärksten dazu bei, die Nachtruhe der Anwohner zu sichern und gleichzeitig die Anforderungen an den Lärmschutz zu erleichtern. Besonderes Augenmerk legen wir Piraten auf den S-Bahnhalt im Süden. Dieser sollte so nah als möglich an die "Bamberger Arena" gelegt werden. Damit kann, besonders bei Spielen und Großveranstaltungen, sogar ein S-Bahn-Shuttle vom Bahnhof zur Arena eingerichtet werden, womit die übervollen Busse und der Individualverkehr entlastet würde.

Die Forderung nach einem Projektbeirat unterstützen wir Piraten nachhaltig als ein Instrument der Mitbeteiligung für einen demokratischen Kompromiss. Dies würde schon im Vorfeld mithelfen, Zeitverluste, kostenintensive Klagen, Prozesse und langwierige Protestaktionen zu vermeiden. Grundlegende Bedingung hierfür sind jedoch gleichberechtigte Verhandlungspositionen für Bürger und Kommunen.

Alle Variationen, die eine Verbesserung der Planungen bedeuten können, müssen transparent nach allen Stärken und Schwächen geprüft sein. Sämtliche Ergebnisse sind allen Beteiligten offen und verständlich darzulegen, um beiden Bedürfnissen gerecht zu werden. Mit konstruktivem Austausch gelingt eine Modernisierung der Bahn in einem Konsens mit dem Ruhebedürfnis der Bürger. Bei allen Bedürfnissen nach wirtschaftlicher Planung bei der Bahn, darf der Nutzen niemals über die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen gestellt werden. Zeitersparnis für die Bahn ist kein Argument mehr, nachdem mit der Linienführung über Erfurt bewusst ein Umweg in Kauf genommen wurde. Noch dazu mit unnötigen Zusatzkosten in Milliardenhöhe.

Forderungen an die Stadt

Die geplante Innenstadttangente lehnen wir Piraten als unökologisch, viel zu kostenintensiv bei zu geringem Mehrwert ab. Wir sind der Überzeugung, dass die Tangente mit ihren Kosten von über 40 Millionen Euro wieder eine Förderung des PKW-Verkehrs gegenüber anderen Verkehrsarten darstellt,

und so der Autoverkehr in der Innenstadt intensiviert wird, anstatt Menschen zu motivieren auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Einzig eine Radtangente wäre für uns denkbar, um für den Radverkehr eine schnelles Vorankommen in der Nord-Süd Achse zu erreichen.

Wir fordern den Stadtrat auf, den Beschluss zum Bau der Innentadt tangente unverzüglich aufzuheben. Die damit frei werdenden Gelder können in den vernünftigen Ausbau des Radwegenetzes für eine bessere Ost-West-Anbindung investiert werden. Daneben wäre es denkbar, die Pfisterbrücke effektiv so zu verbreitern, damit diese mehr Verkehr aus der Stadt leiten kann.

Im Allgemeinen sind wir Piraten der Meinung, dass ein Verbreitern der Unterführungen – auf Kosten des Stadthaushaltes – mit Bedacht geschehen sollte und vorrangig einer umweltschoneren Anbindung des neuen Osten mit der Innenstadt dienen soll. Wir würden die knappen Ressourcen der Stadt in einem S-Bahn-Halt Bamberg-Süd besser investiert sehen.

Förderung des Radverkehrs

Für die Piraten in Bamberg ist die Förderung des Radverkehrs – oder besser gesagt die Rücknahme von Benachteiligungen – ein wichtiger Bestandteil für ein besseres Verkehrskonzept in Stadt und Land. **Eine radfahrende Bevölkerung ist aktiver sowie nachweislich gesünder und glücklicher, wodurch sich die Gesundheitskosten senken und die Lebensqualität erhöhen lässt.**

Radwege-Benutzungspflicht

Hierbei bestehen vielerlei Möglichkeiten, das Radfahren attraktiver zu machen. In Stadt und Landkreis sind viele Radwege als benutzungspflichtig ausgeschildert, obwohl sie nach aktuellem Stand nicht mehr als benutzungspflichtig einzustufen sind. Es werden sogar neue Radwege angelegt, die man eher als mörderisch denn als sinnvoll bezeichnen kann. Ein Beispiel hierfür ist der neue Kreislauf im Gewerbegebiet Hallstadt, der selbst für passionierte Radfahrer eine Herausforderung darstellt. Die Maxime in den Verwaltungen für Radwege scheint es eher zu sein, das Rad um jeden Preis weg von der Straße zu bringen anstatt es gleichberechtigt am Verkehr zu beteiligen.

Dies muss sich ändern. Es sollte die Maxime gelten: Im Zweifel lieber keinen Radweg, als einen unzureichenden Radweg als benutzungspflichtig zu beschildern.

Radverkehr als Teil des Straßenverkehrs

Bei der Renovierung von alten und beim Anlegen von neuen Radwegen sollte innerorts in Zukunft Wert darauf gelegt werden, dass Radwege als Teil der Straße und nicht Teil des Gehsteiges betrachtet werden, da Radwege, die in die Straße integriert sind, nachweislich unfallärmer sind und ein schnelleres Vorankommen für Radfahrer bedeuten.

Radwegerenovierung und Ausbau

Im Allgemeinen bedarf es im Stadtgebiet und Landkreis der Renovierung einiger Radwege. So sind zum Beispiel die Radwege in der Starkenfeldstraße/Memmelsdorferstraße in keinem optimalen Zustand. Landkreis sind ebenfalls viele Radwege renovierungsbedürftig, da sie streckenweise starke Wellen aufgrund von Baumwurzeln oder ähnliches enthalten.

Gerade diese Sorgen bei schnellen Radfahrern für Material- und Personenschäden. Es wäre weit sinnvoller in Beseitigung dieser "Wellen" und "Schlaglöcher" zu investieren, als wie derzeit den "Radtourismus" durch unnötige Schilder und Rastplätze zu fördern.

Wenn man den Radverkehr nur als Freizeitbetätigung für den Sonntag behandelt, werden die Menschen sich auch nicht ermutigt fühlen ihren täglichen Verkehr auf das Rad umzulegen, vor allem dann, wenn die Autoinfrastruktur dafür perfekt ausgelegt wird.

In der Stadt könnten einige Radwege breiter ausgebaut werden, so dass sie mehr Verkehr aufnehmen können. So könnte man den Rad- und Gehweg östlich des Kanals verbreitern, da er derzeit gerade an Wochenenden durch die hohe Frequentierung überlastet ist.

Denkbar wäre auch beim Bau der ICE-Trasse eine Innenstadttangente nur für Radfahrer zu errichten, so dass der Radverkehr dort die Bahnbrücken über dem Straßenverkehr mitverwendet. Dadurch wäre eine gefahrenlose Schnellstrecke für den Nord/Süd Radverkehr durch Bamberg geschaffen, der durch wenig Kreuzungen mit Straßen ein sicheres und schnelles vorankommen ermöglicht.

Fördernde Maßnahmen

Zur allgemeinen Förderung des Radverkehrs wäre es hilfreich, wenn Radfahrer möglichst selten mit Vorfahrt achten Straßen kreuzen. Jedes Anhalten kostet gerade ungeübten Radfahrer unnötig Energie. In innenstadtnahen Bereichen kann man das Problem auch mit einer Grüne Welle bei 20km/h, wie e in Belgien bereits einige Städte vormachen, abfedern. Auf Straßen in denen das nicht in Betracht kommt könnten für Radfahrer Digitalanzeigen angebracht werden, die den Radfahrer vorher signalisieren, bei welcher Geschwindigkeit er an der nächsten Ampel nicht anhalten muss. Das würde gerade geübten Radfahrern mit hoher Geschwindigkeiten unnötige Energieverschwendung und Wartezeiten ersparen.

Derzeit ist ein Trend zum Elektrofahrrad erkennbar. Um diesen Trend zu fördern werden in Stadt und Landkreis Aufladestationen für die Elektrofahrräder eingerichtet. Für diese wäre – im Sinne von mehr Open Data – eine Karte auf Basis von Open Street Map gepflegt oder zumindest unterstützt von der Öffentlichen Verwaltung sinnvoll. So könnten die Informationen auf digitalen Endgeräten wie Smartphones von jedem verwendet werden.

Transparente Kommunen

Transparente Politik wird im digitalen Zeitalter immer kostengünstiger und wichtiger. Die Menschen sind es immer mehr gewohnt, Informationen digital und durch Suchmaschinen auffindbar zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dies ermöglicht ein bisher ungeahntes Verstehen von politischen Prozessen durch den Bürger, was seine Teilhabemöglichkeiten stark erhöht.

Transparente Gremien

Politische Prozesse – auch auf kommunaler Ebene – sollten unserer Ansicht nach möglichst öffentlich, nachvollziehbar und zeitpunktunabhängig dem Bürger offen stehen. Hierfür fordern wir für den Kreistag und den Stadtrat Bamberg alle Sitzungen, die nicht personenbezogene Daten betreffen, nicht nur öffentlich abzuhalten, sondern in Ton und Bild aufzuzeichnen und im Internet zu veröffentlichen. Wir sehen hier das Informationsrecht der Öffentlichkeit höher gewichtet als die Persönlichkeitsrechte der Mandatsträger während der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in den politischen Gremien.

Des Weiteren sollen alle Anträge und Informationsmaterialien, die den Mitgliedern der Gremien zur Verfügung gestellt werden, im Internet angemessen veröffentlicht werden. Dies gilt ebenfalls für das Abstimmverhalten der einzelnen Räte. Uns ist bewusst, dass diese Informationen sich bisher nicht in den Protokollen finden, wir sind aber der festen Überzeugung, dass dies für viele Bürger bei ihren zukünftigen Wahlentscheidungen eine Rolle spielen würde.

Es ist äußerst kritisch, dass immer mehr Entscheidungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Aufsichtsgremien der Kommunalen Träger (GmbHs, Stiftungen) verschoben werden. Zwar sind diese mit Stadtratsmitgliedern meist demokratisch besetzt, allerdings gelten für die Sitzungen und Bilanzen meist nicht die gleichen Transparenzregelungen, wodurch der Bürger die Entscheidungen nicht mehr voll nachvollziehen kann. Daher werden wir darauf hinarbeiten, das

bei Neugründungen die entsprechenden Satzungen mindestens den Transparenzstandarts der Kommune festschreibt. Bei bestehenden Träger wirken wir auf eine Verbesserung hin.

Darüber hinaus befürworten wir Piraten die Einführung einer Kommunalinstanz von Abgeordnetenwatch für die Stadt und das Land. Nach Angaben von Abgeordnetenwatch entstehen hierfür jeweils 100€ an Kosten pro Monat. Wir sind der Meinung, dass dies von der öffentlichen Hand getragen werden kann, bis sich genug Spender aus der Bürgerschaft finden.

Transparente Verwaltung

In der Zukunft wird der Anspruch der Bürger nach Informationsfreiheit nicht nur an die Politik sondern auch an die Verwaltung immer lauter werden. Hierfür kann die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Bamberg, die vom Landkreis hoffentlich bald übernommen wird, nur einen ersten Schritt darstellen. Nicht nur die auf den Bürger zukommenden potentiellen Kosten dürften abschreckend wirken, sondern auch die Tatsache, dass Informationen nicht durch Suchmaschinen indizierbar sind, schränkt die Informationsfreiheit der Bürger ein. **Wir befürworten daher, dass sowohl Stadt als auch Landkreis die Musterinformationsfreiheitssatzung des Verein "Bündnis Informationsfreiheit für Bayern" übernehmen.**

Wir Piraten befürworten das automatische Veröffentlichens aller nicht personenbezogenen Daten der Verwaltung. Uns ist bewusst, dass dies zu Beginn ein aufwendiger Prozess ist, welcher gerade für eine Gemeinde alleine kostenintensiv sein kann. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass dies nicht nur die Verwaltung den Bürger näher bringt und die Rechtslage verbessert, sondern auf lange Sicht auch Kosten einsparen kann.

So können Verkehrsdaten, Umweltdaten und weitere Daten, die von der öffentlichen Hand erhoben werden, wenn sie maschinenlesbar verfügbar sind, die Recherche der Preise, der Forschung und auch die Beteiligung der Bürger erleichtern, was zu mehr guten Ideen und zu konkreten Problemlösungen führt. Die entsprechenden Softwarelösungen können sicherlich zu Teilen aus Berlin übernommen werden. Sinnvoll wäre, dass die Software oberfrankenweit vereinheitlicht wird und als OpenSource zur Verfügung gestellt wird. Eine Förderung durch die Oberfrankenstiftung oder durch Open-Data-Initiativen und Vereine ist sicherlich möglich.

Darüber hinaus sind wir Piraten der Überzeugung, dass Verträge, die die öffentliche Hand schließt, in der Regel öffentlich sein sollten. Hierzu soll bei allen Ausschreibungen ein Passus eingefügt werden, der die Veröffentlichung der abgeschlossenen Verträge erlaubt.

Freie Fahrt für freie Bürger

Folgende Konkreten Maßnahmen Befürworten die Bamberger Piraten für Stadt und Landkreis um den Radverkehr zu fördern

"Bauliche" Maßnahmen

Landkreis

- Ausschilderung des Radwegs zwischen Gaustadt und Bischberg in Richtung Bischberg als nicht benutzungspflichtig ("Radfahrer Frei")
- Ausbau des Radwegs zwischen Hallstadt und Kemmern an den Engen Stellen (Brücke) auf angemessene Breite.
- Änderung der Beschilderung des "Radweges" des Kreisels im Hafen in Hallstadt (REAL) als nicht Benutzungspflichtig
- Ausbau des Flurbereinigungsweges zwischen Tütschengereuth und Weiherer Höhe (Pflaster/Teer) und Entsprechende Ausschilderung als Radweg zwischen Priesendorf/Trabelsdorf

und Tütschengreuth

- Renovierung des Radweges Weiher<->Viereth (Beseitigung der Wurzelschäden)
- Renovierung des Radweges in Viereth und Benutzungspflicht nur in eine Richtung
- Renovierung des Radweges Oberhaid<->Dörfleins (Beseitigung der Wurzelschäden)
- Ausweisung des Radweges zwischen Tütschengreuth und Trosdorf als nicht Benutzungspflichtig.
- Beschilderung der "Todeskurve" bei Weizendorf mit Warnschildern und Reflektoren (Kurvenpfeile) für das Gelände
- Vergrößerung der "Fußgängerbrücke" zwischen Pettstadt und Höfen
- Renovierung des Radweges von Bamberg Bug nach Pettstadt
- Bessere Einfädelung des Radverkehrs in Burgebrach von Unterneuses kommend

Stadt

- Anlegen eines Schutz/Angebotsstreifen auf dem Regensburgerring/Magazinstraße in Richtung Gaustadt dafür Aufhebung der Radwegsbenutzungspflicht gegen Fahrtrichtung
- Renovierung des Radweges Memmelsdorferstraße (Fahrtrichtung Innenstadt dringender) mit Straßenintegration (statt Fußwegintegration)
- Renovierung des Radweges Starkenfeldstraße/Pödeldorferstraße mit Straßenintegration (statt Fußwegintegration)
- Verlängerung des Schutzstreifen (Radfahrstreifen) in der Ludwigstraße bis hin zum Atriumparkhaus (Einspurigkeit für Autos)
- Verbreiterung der Radfahrwege am Kanal wo möglich
- Schaffung von Radparkmöglichkeiten in der Hauptwachstraße und am Hinteren Maxplatz
- Anbringen von "Geschwindigkeitsschwellen" am LGS Gelände für den Autoverkehr zur Unterstützung der Stoppschilder
- Renovierung des Radweges am Südlichen Berliner Ring und Münchnerring (Wurzelschäden)
- Renovierung des Radweges in der südlichen Kunigundendammstraße (Graswuchs)
- Einführung von digitalen Grüne-Wellen-Schildern am Berliner Ring und Memmelsdorfer Straße

"Allgemeine" Maßnahmen

- Gespräche mit Arbeitgebern über Parkanlagen für Radfahrer (Überdachung)
- Erschließung wichtiger Routen des Arbeitsverkehrs

Landkreis

- Kennzeichnen von Radwegen im guten Zustand mit Infoschild "Rennradtauglich" o.Ä.
- Pflegen von Open Source Kartenmaterial zum Radverkehr

Stadt

- Digitale "Grüne Welle" Schilder in der Berliner und Memmelsdorfer Straße
 - Verfolgung des Parkverbots auf (Benutzungspflichtigen) Radwegen
 - Ermöglichen kostenfreier Parkplätze an Hotspots (Innenstadt, Bahnhof)
 - Förderung von Radparkplätzen an Kaufhäusern etc.
 - Pflegen von Open Source Kartenmaterial zum Radverkehr (anstelle von Google Maps)
 - Ampelanlagen für Radfahrer mit verfrühter Grünphase an großen Knotenpunkten
-

Positionspapier zu alternativen Energien im Landkreis Bamberg

Die Piraten Bamberg stehen der Nutzung von regenerativen Energien positiv gegenüber. Wir wissen, dass wir den Planeten für die nächsten Generationen nur erhalten können, wenn wir auf Dauer nicht mehr Ressourcen verbrauchen als die Umwelt uns natürlicherweise zur Verfügung stellt.

Die gesellschaftlich gewollte Energiewende wird nur möglich sein, wenn alle Regionen Deutschlands sich daran beteiligen. Auch Oberfranken muss daher sich an den Wandel gewöhnen und die erneuerbaren Energien aufbauen und fördern. Eine so entstehende dezentrale Energieversorgung hat viele Vorteile. Wir sind nicht mehr so stark von einzelnen Regionen und Versorgern abhängig und wir werden Geopolitisch unabhängiger von Energieimporten und Energietransportrouten. Aus technischer Sicht ist es wichtig nicht nur einer einzigen Energieerzeugung den Vorzug zu geben, sondern einen Energiemix aus mehreren Energieformen zu haben, um eine größtmögliche Versorgungssicherheit zu erhalten.

Windkraft

Wir Bamberger Piraten möchten dabei Windkraft fördern. Dabei gilt es aber dennoch Augenmaß zu behalten. Der Ausbau der Windenergie darf nicht in bestehende Naturschutzgebiete eingreifen und in einer Bannmeile von mindestens einem Kilometer rund um bewohnter Bebauung muss eingehalten werden. Darüber hinaus sollten Historisch wichtige, wertvolle und markante Landschaftsansichten, wie zum Beispiel die Giechburg oder das Weltkulturerbe in Bamberg erhalten bleiben. Windkraft ist vorrangig so auszubauen, dass das Landschaftsbild nur maßvoll gestört wird. Im Grenzfall ist aber der erneuerbaren Energien Vorrang zu gewähren.

Damit die Energiewende vor Ort akzeptiert wird streben wir Piraten gemeinschaftliche Finanzierungsmodelle für die einzelnen Kraftwerke an. Die Menschen vor Ort müssen an den finanziellen Nutzen ihrer Region beteiligt werden. Am besten funktioniert dies über Genossenschaftsmodelle.

Photovoltaik

Wir Bamberger Piraten möchten auch die Solarenergie fördern, da sie ökologisch am sinnvollsten umgesetzt werden kann. Der Ausbau der Solarenergie sollte nicht auf Kosten von Agrarflächen gehen, da bereits genug versiegelte Flächen vorhanden sind. Zu Förderung könnte eine Freistellung von einer Genehmigung für bestimmte bereits versiegelte Flächen nachgedacht werden. Als Beispiel sind hier die Parkplätze der Supermärkte oder die Dächer von Industrieanlagen zu nennen. Freiflächen sollen erst nach gründlicher Prüfung freigegeben werden. Wenn diese Beispielsweise eine sehr schlechten Boden haben oder nicht für die Landwirtschaft genutzt werden können.

Biomasse

Die Biomasse birgt auf Grund ihres unglaublichen Flächenverbrauchs viele Probleme mit sich, des weiteren führt dies zu einer Verknappung von Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt. Bei der Moment herrschenden Agrarpolitik ist es leider nicht möglich die Biomasse im großen Stil auszubauen. Auch durch die momentane Bewirtschaftungsweise wird mehr Schaden angerichtet als Nutzen entsteht.

Deshalb sprechen wir uns momentan gegen einen weiteren Ausbau an dieser Stelle aus.

Stattdessen sollte wir prüfen lassen, ob Bioabfälle zur Verstromung in Bamberg genutzt werden können. Ein Pilotprojekt läuft bereits in Hamburg.

Wasserkraft

Wasserkraft ist so gut wie vollständig erschlossen. Projekte sollten an dieser Stelle nur gefördert werden

wenn sie auch wirtschaftlich sind und ökologisch unbedenklich. Kostspielige Prestigeobjekte die nicht wirtschaftlich sind, senken nur die Akzeptanz für regenerativen Energien in der Bevölkerung und sollten deshalb nicht gefördert werden.

Kraftwärmekopplung

Es sind bereits viele Hersteller von Heizungen mit Kraftwärmekopplung auf dem Markt, und diese Technik hat sich sehr gut bewährt. Deshalb soll bei Neuanlagen und Modernisierung immer geprüft werden ob eine KWK wirtschaftlich umgesetzt werden kann.

Bei Pelletsheizungen mit KWK gibt es die selben Probleme wie bei Biomasse, da kaum noch Holzabfälle auf dem Markt verfügbar sind. Deshalb sollte in einem solchen Fall nach besseren Alternativen gesucht werden, z.B. Sonnenkollektoren oder energetische Sanierung.

Speichermöglichkeiten

Die Stadtwerke Bamberg sollen prüfen ob es möglich wäre den überschüssigen Strom der durch erneuerbare Energien entsteht in Wasserstoff zu wandeln und in ihr Gasnetz einzuspeisen. Dadurch können KWK Anlagen mit Gas betrieben werden und Stromspitzen ausgleichen, und dies CO₂-neutral. Diese Technik wird von vielen Gasversorgern bereits geprüft und auch schon umgesetzt.

Es wird beantragt das Positionspapier ÖPNV wie folgt zu verändern:

Upzudatender Teil - Alte Fassung

Zurzeit verläuft der gesamte Busverkehr sternförmig zum Zentralen Omnibusbahnhof in der Innenstadt. Das ist vor allem für Strecken nachteilig, die gar nicht durch Bamberg verlaufen. Wenn man zum Beispiel von Hallstadt nach Gundelsheim will, muss man über den ZOB fahren und braucht damit über eine Stunde für einen Weg der Luftlinie gerade einmal ca. 2km beträgt. Wir Piraten befürworten deswegen, ein ringförmiges Liniensystem welches mehrere Möglichkeiten zum Umsteigen bietet. Möglich wäre dies zum Beispiel am Bahnhof, an den Park-and-Ride-Haltestellen, an einem neuen Busparkplatz in der Nähe des alten Hallenbades oder an der hoffentlich entstehenden S-Bahn Haltestelle Bamberg Süd.

Upzudatender Teil - Neue Fassung

Zurzeit verläuft der gesamte Busverkehr sternförmig zum Zentralen Omnibusbahnhof in der Innenstadt. Das ist vor allem für Strecken nachteilig, die gar nicht durch Bamberg verlaufen. Wenn man zum Beispiel von Hallstadt nach Gundelsheim will, muss man über den ZOB fahren und braucht damit über eine Stunde für einen Weg der Luftlinie gerade einmal ca. 2km beträgt. Wir Piraten fordern deswegen eine Linie Entlang des Berliner Rings. Diese soll am P+R Heinrichsdamm beginnen über den Münchner Ring zum Berliner Ring führen und am Market in Hallstadt enden.

An den Schnittpunkten mit den Linien, die in die Bamberg hinein führen, soll neben einer Umsteigemöglichkeit auch ein Park and Ride Angebot eingeführt werden. Dies soll es Pendlern aus allen Richtungen einfacher machen auf den Bus umzusteigen. Gegebenenfalls müssen die alten Linien etwas anders verlaufen damit ein Umstieg ermöglicht wird. Zum Beispiel sollte die Linie 901 aus Gaustadt einen Bogen über die Kronacher Straße machen, um am dort geplanten P+R halten zu können.

Wir glauben auch dass ein dezentrales Parkangebot besser genutzt wird als ein großes Parkhaus.